

Hasler: «Ich wünsche mir, dass wir im 2019 wieder enger zusammenrücken»

Interview Der Regierungschef zieht eine positive Jahresbilanz. So könne Liechtenstein heute aus einem soliden Fundament und einer Position der Stärke agieren. Diesen Drive gelte es als Land beizubehalten und das Fürstentum so stetig weiterzuentwickeln und zu verbessern.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Herr Regierungschef, die Hälfte der vierjährigen Legislatur ist durch. Ziehen wir zur Halbzeitpause doch ein Resümee aus der Regierung. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Adrian Hasler: Ich bin sehr zufrieden mit dem bisher Erreichten. Der ausgeglichene Staatshaushalt erlaubt es uns, wichtige Zukunftsprojekte im Bereich der Digitalisierung, der Infrastrukturentwicklung, der Schulbauten und des Sozialwesens - um nur einige zu nennen - voranzutreiben. Ebenfalls konnten wir Liechtenstein international gut positionieren. Liechtenstein wird heute als verlässlicher Partner wahrgenommen. Das ist enorm wichtig und stärkt unsere Souveränität. Die Mitgliedschaft im EWR und der Zollvertrag mit der Schweiz bleiben dabei die Grundpfeiler. Über beide Abkommen übernehmen wir laufend neue Rechtsakte, deren Umsetzung uns alle stark fordert. Es zeigt sich, dass die grossen Anstrengungen der letzten Jahre Früchte tragen und wir auf einem soliden Fundament aus einer Position der Stärke handeln können. Es ist wichtig für mich, dass wir diesen Drive als Land beibehalten und uns stetig weiterentwickeln und verbessern. Dass dabei nicht alles von heute auf morgen zu erreichen ist, liegt in der Natur der Sache. Nicht alles ist so einfach lösbar, wie das manchmal geglaubt wird. Hier wünsche ich mir eine politische und gesellschaftliche Diskussion, die auf Fakten beruht.

Gab es auch Momente, die Sie geärgert haben - ausser, dass Sie aufgrund einer verlorenen Wette bei «SRF bi de Lüt» gemeinsam mit dem Vaduzer Gemeinderat Autos putzen mussten?

Es gibt immer wieder schwierige Situationen; diese gehören zum Tagesgeschäft eines Regierungschefs. Die verlorene Wette bei «SRF bi de Lüt» gehört aber sicher nicht dazu. Schliesslich sind Wettschulden Ehrenschilden (lacht). Zudem hat die Aktion gemeinsam mit dem Bürgermeister Ewald Ospelt und den Gemeinderäten von Vaduz Spass gemacht und für viele tolle Rückmeldungen gesorgt. Aber: Um unsere Lebensqualität, unseren Wohlstand und unsere soziale Absicherung auch in Zukunft zu erhalten, müssen wir uns laufend anpassen und die sich bietenden Chancen nutzen. Es gilt, den Blick auf die wirklichen Herausforderungen zu richten und uns nicht von kleinkrämerischen Grabenkämpfen aufhalten zu lassen.

Was war Ihr persönlicher Höhepunkt im abgelaufenen Jahr?

Mein persönlicher Höhepunkt war der Besuch der Olympischen Spiele in Pyeongchang. Die Möglichkeit, bei einem solchen Grossanlass unsere Spitzenathleten vor Ort anzufeuern, war ein fantastisches Erlebnis. Die Emotionen und das Miteinander bei Olympia sind überall spürbar und machen diesen Anlass zu etwas

ganz Besonderem - und dass Tina Weirather auch noch eine olympische Medaille gewonnen hat, ist schlichtweg sensationell.

Die politische Landschaft wurde 2018 ja ziemlich durcheinandergewirbelt. Es gab Parteiaustritte, -spaltungen und -neugründungen während der laufenden Legislatur. Ein Grund zur Besorgnis?

Es ist richtig, dass es in diesem Jahr zu mehreren Brüchen im Parteiengefüge gekommen ist. Ich habe den Parteiaustritt von Johannes Kaiser bedauert. Die Spaltung der DU kam für mich nicht unbedingt überraschend, da das

Verbindende nicht im Zentrum stand und die Exponenten der DU doch eher den Konflikt suchen. Es liegt jedoch in unser aller Verantwortung, Sorge zu unserem politischen System zu tragen. Es darf nicht sein, dass dieses Fundament der Konsens- und Entscheidungsfindung aufgrund von Eigeninteressen Schaden nimmt und das institutionelle Gefüge ins Wanken gerät.

Ist die Koalitionsregierung Ihres Erachtens noch stabil? Gerade bei der Finanzpolitik des Landes sind FDP und VU ziemlich aneinandergelassen ...

Mir ist wichtig zu betonen, dass dadurch die Koalition von FDP und VU nicht infrage gestellt ist. Wir verfügen gemeinsam über eine klare Mehrheit im Landtag und werden im Interesse der Bevölkerung und des Landes die Agenden umsetzen. Es gehört in der Politik dazu, dass man nicht immer gleicher Meinung ist. Jeder kämpft für seine Überzeugungen, so entstehen ab und zu Reibereien. Vor ein paar Jahren hat man

die Koalition infrage. Ich würde dies daher gerne etwas allgemeiner formulieren: Die FDP und VU hatten in der Vergangenheit immer etwas andere Ansichten, wie mit Steuergeldern umgegangen werden soll.

Wenn wir gerade beim Staatshaushalt sind. Die «Phase des Gestaltens» läuft. Viele stellen sich aber die Frage: Ja, wo wird denn eigentlich investiert?

Wir setzen beispielsweise zusätzliche Mittel ein für jene Menschen, die Unterstützung benötigen. Ich denke hier an das Betreuungs- und Pflegegeld, die wirtschaftliche Hilfe oder den Beitrag an das HPZ. Das Geld wird dort eingesetzt, wo es die grösste Wirkung erzielt und nicht einfach nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Darüber hinaus investieren wir natürlich auch in wichtige Zukunftsprojekte. Die Digitalisierung an den Schulen ist für mich ein solches Zukunftsprojekt. Damit werden Schülerinnen und Schüler

auf die digitale Welt vorbereitet. Die Digitalisierung in der Landesverwaltung ist ein weiterer Bereich, in den wir in den nächsten Jahren investieren wollen. Mit der Rheindammsanierung, der Umsetzung der Schulbautenstrategie und der Errichtung eines neuen Dienstleistungszentrums wird das Investitionsvolumen des Landes in den nächsten Jahren deutlich grösser ausfallen. Wichtig sind mir aber auch die Rahmenbedingungen für

unsere Unternehmen. Hier schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, damit in Liechtenstein auch in Zukunft ein breites Spektrum an Arbeitsplätzen für ein gesichertes Einkommen vorhanden ist.

Erbrprinz Alois hat am Staatsfeiertag betont, dass wir in den nächsten Jahren weitere innovative, pragmatische und zukunftsorientierte Initiativen in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit der Sozialsysteme, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ressourceneffizienz sowie Raum- und Verkehrsplanung brauchen. Wenn wir schon bei der Digitalisierung sind. Ist Liechtenstein hier auf dem richtigen Weg?

Liechtenstein ist definitiv auf dem richtigen Weg. Wir haben uns in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Thema der Digitalisierung beschäftigt und stellen aktuell wichtige Weichen für die Zukunft eines modernen Staates. Das grosse Bild möchten wir

mit der «Digitalen Agenda» vorstellen. Darin werden die aus Sicht der Regierung wesentlichen Aspekte der Digitalisierung benannt und Handlungsempfehlungen formuliert. Darüber hinaus werden wir im 2019 eine eGovernment-Strategie präsentieren und zahlreiche weitere Projekte im Rahmen des digitalen Transformationsprozesses vorantreiben. Damit bieten wir attraktive Dienstleistungen für die Bevölkerung und schaffen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Das Blockchain-Gesetz ist hierbei ein zentrales Element. Hier sehe ich grosses Potential und bin fest davon überzeugt, dass wir die Chancen nutzen sollten. Aber auch mit dem Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur werden wir an vorderster technologischer Front Dienste anbieten können.

Kommen wir zu den Sozialsystemen. Sind diese heute nicht nachhaltig? Wo gibt's Nachholbedarf?

Die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte ist recht genau vorhersehbar. Hier wird es keine Überraschungen geben. Diese Entwicklung zeigt unter anderem, dass die Generation der Babyboomer in den nächsten zehn Jahren in Rente geht. Wir haben die Verantwortung, die Leistungen der Sozialsysteme auch für die kommenden Generationen zu sichern. Die Bedürfnisse der

«Vor ein paar Jahren hat man der Koalition einen Schmusekurs vorgeworfen - und jetzt, wo wir um Positionen ringen, stellt man die Koalition gleich infrage.»

«Unser wichtigstes Sozialwerk, die AHV, ist sehr gut aufgestellt,»

älteren Generation wie auch diejenige der jungen Generation müssen im viel zitierten Generationenvertrag ausbalanciert werden. Unser wichtigstes Sozialwerk, die AHV, ist heute sehr gut aufgestellt, dennoch müssen wir das Fondsvermögen im Auge behalten und bei Bedarf weitere Reformen durchführen, damit die AHV-Renten auch in Zukunft gesichert sind.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch immer wieder Thema. Wie geht's hier voran?

Es zeigt sich, dass die Erwartungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr unterschiedlich sind. Väter wie Mütter stehen in einem gewissen Spannungsfeld zwischen Kinderbetreuung und Berufsausübung. Die Lösungen, die dabei insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung gefunden werden, sind sehr individuell. Sie sind abhängig von den persönlichen Präferenzen, von den beruflichen Möglichkeiten und dem bestehenden Angebot im Bereich der Kinderbetreuung. Wer auf eine externe Kinderbetreuung angewiesen ist, soll ein gutes Angebot finden. Dabei ist mir wichtig, dass je nach Einkommen abgestufte Beiträge bezahlt werden, damit sich die Berufstätigkeit finanziell auch lohnt. Die neue Kita-Finanzierung schafft hier sicher noch mehr Flexibilität.

Das Thema Raumplanung ist für Liechtenstein als Kleinstaat von

grosser Bedeutung. Ein heisses Eisen - gerade auch mit Blick auf den Verkehr. Liechtensteins Probleme zu den Stosszeiten sind bekannt. Was möchte die Regierung hier unternehmen?

Liechtenstein ist keine Grossstadt, sondern ein ländlich strukturierter Raum mit einer hervorragenden Lebensqualität. Daraus folgt, dass auch in Zukunft die individuelle Mobilität in Liechtenstein dominierend sein wird. Ob die Autos von Verbrennungsmotoren oder Elektromotoren angetrieben werden, ist für die Umweltbelastung relevant, nicht aber für das Verkehrsaufkommen. Wir sollten deshalb in den Ausbau der Strasseninfrastruktur investieren und gleichzeitig den Schienenverkehr fördern. Der öffentliche Linienbus bietet entlang der Hauptachsen ein sehr gutes Angebot, das weiter ausgebaut werden muss. Dafür darf der Bus aber nicht

«Wir sollten in den Ausbau der Strasseninfrastruktur investieren und gleichzeitig den Schienenverkehr fördern.»

im Stau stecken bleiben. Der Ausbau der Bahninfrastruktur zwischen Feldkirch und Buchs ermöglicht uns ein zuverlässiges und schnelles Transportsystem, das regional zwischen Bodensee und Zürichsee eingebunden ist.

«Wegweisende Entscheidungen haben Liechtenstein gross gemacht», sagt Erbprinz Alois. Eine davon könnte das Blockchain-Gesetz sein. Wie Sie sagten, habe dieses grosses Potenzial. Die Vernehmlassung ist vorbei. Wie wird Ihr Gesetzesvorschlag von den Beteiligten aufgenommen und wie geht's nun weiter?



Adrian Hasler: «Besinnen wir uns im Jubiläumsjahr doch wieder einmal bewusster auf die Stärken unseres Landes und sind stolz, in diesem einzigartigen Land leben zu dürfen.» (Fotos: ZVG)



Adrian Hasler zur verlorenen TV-Wette: «Wettschulden sind Ehrenschulden.»



«Mit dem Blockchain-Gesetz sind wir wegweisend unterwegs», so Hasler.

Ja, wir sind hier tatsächlich wegweisend unterwegs. Die weit über die Grenzen Liechtensteins hinaus durchwegs sehr positiven Rückmeldungen und die Aufmerksamkeit zeigen dies. Auch die Vernehmlassung zeigt ein positives Bild. Natürlich gibt es bei einem solchen Gesetz auch viele Hinweise auf Verbesserungen; diese Anregungen nehmen wir gerne auf. Ich sehe das Blockchain-Gesetz als grosse Chance für Liechtenstein. Wie in den Anfängen des Internets, an die ich mich noch gut erinnern kann, konnte sich damals niemand richtig vorstellen, was damit alles möglich sein wird. Ähnliches könnte sich auch mit der Blockchain-Technologie ergeben. So wird ein «digitales Original» ermöglicht, das nicht, wie bei digitalen Daten üblich, kopiert werden kann. Damit können Rechte einfach und sicher digital übertragen werden. Dies ermöglicht ganz neue Dienstleistungen und Liechtenstein kann sich hier als Vorreiter profilieren.

Radio L, Post oder Universität: Staatsbetriebe und -institutionen waren immer wieder in den Schlagzeilen. Man fragt sich: Hat die Regierung «ihre» Unternehmen im Griff und steht die Frage im Raum, der Regierung mit Blick auf Corporate Governance wieder mehr Verantwortung einzuräumen?
Es ist richtig, dass einzelne Staatsbetriebe in den Schlagzeilen waren. Diese Vorfälle werfen Fragen auf, mit denen sich die Regierung intensiv beschäftigt. Dabei möchte ich jedoch klarstellen, dass die Regierung diese Unternehmen nicht direkt

führt. Dafür gibt es einen Verwaltungsrat und eine Geschäftsleitung. Die Regierung hat die Oberaufsicht, und diese gilt es wahrzunehmen. Ich bin überzeugt, dass die Grundstruktur mit der Oberaufsicht durch die Regierung einerseits und der strategischen und operativen Führung der Unternehmen andererseits richtig ist. Es braucht aber einige griffigere Instrumente, damit die Regierung zur richtigen Zeit die richtigen Informationen hat. Dabei liegt eine wichtige Verantwortung bei den zuständigen Regierungsmitgliedern, die Regierung rechtzeitig zu informieren und Entscheide herbeizuführen.

Laut FMA ist unser Finanzplatz stabil und gut aufgestellt. Auch von der Ratingagentur Standard&Poor's gabs wieder die Bestnote AAA. Was sind die Garanten für Liechtensteins Erfolg in der Finanzbranche?
Der Finanzplatz hat in den vergangenen Jahren eine umfassende Transformation durchgemacht. Gleichzeitig wurden in der Folge der globalen Finanzkrise viele umfassende Regulierungen umgesetzt, die die Stabilität des Finanzplatzes erhöhen. Diese Fähigkeit, die internationalen Regulierungen glaubwürdig in Liechtenstein umzusetzen, ist ein wichtiges Kriterium für das Top-Rating von Standard&Poor's. Darüber hinaus attestiert Standard&Poor's mit ihrem Rating, dass wir über einen gesunden Staatshaushalt verfügen und

die notwendigen Reformen angehen. Das Rating ist jedoch keineswegs garantiert und muss jedes halbe Jahr neu erreicht werden.

Ein weiterer Erfolg, ein nach den vielen Jahren längst fälliger: Liechtenstein ist seit Längerem nicht mehr auf der «Schwarzen Liste» - und seit diesem Jahr auch nicht mehr auf der «Grauen Liste» der ECOFIN. Darf der Begriff «Steueroase» in Zusammenhang mit unserem Land nun endgültig gestrichen werden?
Ja, definitiv (lacht). In den letzten zehn Jahren ist unglaublich viel passiert. Die Liechtenstein Erklärung im Jahr 2009 war der Startschuss zur Neuausrichtung des Finanzplatzes. Mit der Regierungserklärung von 2013 haben wir einen weiteren Meilenstein gesetzt und uns zum automatischen Informationsaustausch bekannt. Trotz vieler Massnahmen hat uns die EU vor einem Jahr auf die sogenannte «Graue Liste» gesetzt. Dieses Vorgehen war für mich absolut inakzeptabel und sachlich nicht gerechtfertigt. Mit der Streichung Liechtensteins von der «Grauen Liste» hat die EU bestätigt, dass wir die Anforderungen der EU in Bezug auf Steuertransparenz, faire Besteuerung von Unternehmen und die Umsetzung der BEPS-Mindeststandards erfüllen. Wir können zu Recht stolz auf unseren Leistungsausweis sein. Die Finanzbranche hat sich neu ausgerichtet und ist erfolgreich unterwegs.

Wie schaut es mit dem von allen Wirtschaftszweigen stetig geforder-

ten Bürokratieabbau aus? Kann Liechtenstein der Regulierungsflut der EU überhaupt etwas entgegensetzen?
Als EWR-Mitglied haben wir Rechte und Pflichten. Das Recht, am Binnenmarkt teilzunehmen, der sogenannte Marktzugang, ist für unsere Unternehmen über alle Branchen hinweg essentiell. Davon hängen auch ein Grossteil unserer Arbeitsplätze und damit unserer Einkommen ab. Ohne diesen Marktzugang steht ein Land vor grossen Problemen, wie aktuell die Diskussionen um Brexit oder um das Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU deutlich zeigen. Die Übernahme der europäischen Regulierung ist der Preis, den wir für den Zugang zum Binnenmarkt bezahlen. Wir müssen die Regulierungen übernehmen und unsere Unternehmen müssen damit zurechtkommen. Im intensiven Dialog mit den Wirtschaftsverbänden suchen wir dabei stets nach verträglichen Lösungen.

Welche Ziele und grossen Projekte hat die Regierung im 2019 vorgesehen?
Für mich steht die Legislaturperiode bis 2021 im Vordergrund. Wir haben dafür im Regierungsprogramm die Ziele und Massnahmen definiert und daran werden wir uns messen lassen. Das Jahr 2019 steht ganz im Zeichen der 300-Jahr-Feier. Das gibt uns die Möglichkeit, uns auf unsere Wurzeln zu besinnen und in die Zukunft zu blicken. Neben der Innensicht ist mir auch die Sicht nach Aussen wichtig. Hier können wir mit

Stolz zeigen, was wir geleistet haben. In meinem Ministerium werden wir im kommenden Jahr vor allem die Finanzplatzstrategie präsentieren und den Bericht und Antrag zum Blockchain-Gesetz in den Landtag bringen. Auch die Digitale Agenda werden wir vorstellen und dabei im Bereich des eGovernment konkrete Projekte umsetzen.

Blicken wir noch etwas in die Zukunft: Zeichnen sich Posten im Regierungsprogramm ab, die in dieser Legislatur nicht mehr erreicht werden können?
Ich denke, für diese Frage ist es noch zu früh. Wir stehen aktuell in der Hälfte dieser Legislaturperiode. Wir haben also durchaus noch Zeit, um gewisse Themen anzupacken oder verstärkt voranzutreiben. Zudem haben wir im Regierungsprogramm viele Themen, die über die Legislaturperiode hinaus weiterbearbeitet werden sollten.

Sie haben die 300-Jahr-Feier erwähnt. Mit welchen Hoffnungen blicken Sie auf das grosse Jubiläum des Fürstentums?
Ich wünsche mir, dass wir im 2019 wieder enger zusammenrücken. Unsere einzigartige Geschichte kam dank viel Geschick, Glück, strategischen Überlegungen und einer geballten Kraft an Innovation und Kreativität zustande. Besinnen wir uns im Jubiläumsjahr doch wieder einmal bewusster auf die Stärken unseres Landes und sind stolz, in diesem einzigartigen Land leben zu dürfen.

«Die Vernehmlassung zum Blockchain-Gesetz zeigt ein positives Bild.»

«Dass die EU uns auf die «Graue Liste» gesetzt hat, war absolut inakzeptabel.»

«Die Übernahme der europäischen Regulierung ist der Preis, den wir für den Zugang zum Binnenmarkt bezahlen.»